

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sportbeilage und „Anstifter's Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Beiposters-Pfeilstreife oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg. Ausnahmestellen 30 Pfg. Die Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbepreise unbedinglich geschriebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Lauben, zuzüglich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 56

Donnerstag, den 12. Mai 1932

34. Jahrg

Die Jagdverteilungspläne

des Jagdbezirks der Forstmark **Kochwitz** für die Nachjahre 24. 6. 1930/32 liegen vom 12. bis mit 27. d. Mts. in der Stadtkassa zur Einsicht der Beteiligten aus. Einprüche sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig.

Kemberg, den 10. Mai 1932.

79) **Der Jagdvorsteher.**
Verder, Bürgermeister.

Deutscher Reichstag

Dietschs Rechenchaftsbericht.

Berlin, 10. Mai.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein, auf der als erster Punkt die Beratung eines Schuldenentilgungs-gesetzes steht, mit der die angelegte

allgemeine politische Aussprache

allgemeine politische Aussprache wird verbunden eine kommunisistische Interpellation wegen Einleitung einer Untersuchung über die Erwerbung des Zinsholomonopole durch den Kreuzerkonzern sowie Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Notverordnung über die Auflösung der SA. und SS. der NSDAP, auf Auflösung des Reichstags und auf Einleitung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, ob öffentliche Mittel bei der Reichspräsidentenwahl verwendet wurden. Das Wort nimmt logisch

Reichsfinanzminister Dietrich

der von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen wird: „Der Konfessionsverwalter hat das Wort!“ gibt zur Begründung des Entwurfs des Schuldenentilgungsgesetzes eine allgemeine Darstellung der Schuldenlage:

Es müssen gedeckt werden: 770 Millionen Defizit 1930, 500 Millionen Defizit 1931 und 550 Millionen des außerordentlichen Haushalts. Die funderbten Schulden des Reiches betragen am 31. Dezember 1931 10.208 Millionen Mark, 300 Millionen weniger als am 30. September 1930. In dieser Summe ist die Young-Anleihe mit 1473 Millionen enthalten, von der das Reich keinen Pfennig bekommen hat. Zweidrittel sind der Entente zugesallen, das andere Drittel der Reichspost und der Reichsbahn.

Das gesamte Engagement des Reiches, das aus der Kreditlinie entstanden ist, beläuft sich neben der restlichen Garantie zugunsten der ehemaligen Danabank auf 1115 Millionen, wovon aber nur ein kleiner Teil als wirklicher Aufwand des Reiches in Frage kommt. Der effektive Verlust aus der Dantransaktion besteht in 185 Millionen RM verlorenen Zinsschiffen und 150 Millionen, die durch Zusammenlegung des Kapitals der Dresdner Bank verlorengelangen sind.

Zum Schluss wendet sich der Minister dem Haushalt für 1932 zu, dessen Entwurf, wie er hervorhebt, schon lange aufgestellt ist, und wobei nur noch die Frage der Kosten der Arbeitslosen ungelöst ist. Mit dem Kreditermächtigungsgesetz wird eine Brückenanleihe aufgestellt, um diese Kosten in die Zeit umlegen zu können. Es soll auch sonst noch der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Leider ist es völlig unmöglich, Geld dafür aus laufenden Mitteln aufzubringen.

Im übrigen befindet sich der Haushalt mit etwa 8,3 Milliarden im Gleichgewicht. Er ist auf das parlamentarische aufgestellt.

Die Ueberweisungen an die Länder betragen einschließlich der Polizeikosten 2,3 Milliarden, in der der eigentliche Reichsaufwand mit genau 6 Milliarden zu beziffern ist; darin sind enthalten 1 Milliarde für die Arbeitslosen, 1,2 Milliarden für die Kriegsveterane, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldenentilgung. Die Tilgung und Verzinsung der funderbten und schwedenden Schuld sowie der Reparationsanleihen erfordert rund 700 Millionen, so daß für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reiches rund 2,2 Milliarden bleiben.

Abg. Breitsheld (Soz.)

spricht die Erwartung aus, daß das Kreditermächtigungsgesetz im jetzigen Zugangsabstand erledigt wird. Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß kein weiterer Abbau der Unterhaltungsstellen vorgenommen wird und daß keine Rede sein darf von einer Auflösung oder Suspensierung der Arbeitslosenversicherung. Gegen die beabsichtigte Notabgabe bestehen Bedenken. Auch Landwirte, Industrie und Handel haben das höchste Interesse daran, daß die Kaufkraft der Angestellten, Arbeiter und Beamten nicht noch weiter geschwächt wird. Es wäre verfehlt, die Kräfte totalen hinzunehmen oder ihre Lösung allein auf internationalen Wege zu erwarten. Voraussetzung ist, daß in Deutschland ein Ende gemacht werde mit der Bürgerkriegsrechnung. Wenn es eine Privatarmee eines Parteiführers gibt, so wird damit eine Panikstimmung erzeugt, in der ein Wiederaufbau der Wirtschaft nicht möglich ist (Zustimmung bei den Soz.; Zurufe rechts: Reichsbanner!). Das Reichsbanner

droht nicht um Bürgerkrieg, es tritt nur für den Schutz des Staates ein. Wenn die Nationalsozialisten zur Zeit die stärkste Partei sind, so haben sie in den Parlamenten damit noch nicht die Mehrheit. Die anderen Parteien haben die Pflicht, zu prüfen, ob das Programm der Nationalsozialisten eine stabile Regierung gewährleistet. Die Nationalsozialisten vertreten anscheinend den Standpunkt: Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen! Nach den Wahlen von 1930 hat Herr Hitler aber einen der größten Deutschenfeinde, die Brezler über die Hand geführt. Wenn Sie (zu den Nat.-Soz.) an die Macht kommen, werden Sie dem Ausland viel mehrgehörige Zugeständnisse machen, um die deutsche Republik bestmöglich (Lachen b. d. Nat.-Soz.). Sie haben auch kein Wirtschaftsprogramm, einer Ihrer Redner sagte: „Gott sei Dank!“ (Heiterkeit links). Deshalb können Sie (zu den Nat.-Soz.) alles verprechen. Ihren Sozialismus hat noch keiner verstanden. Auf außenpolitischen Gebiet unterstützen wir den Standpunkt, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann. Nach dem Ausgang der französischen Wahlen ist zu hoffen, daß der Wille zur Verständigung wächst und daß die anderen Staaten dem Brüderlichkeitsbeispiel Deutschlands folgen.

Abg. Schneller (Komm.)

führt aus: Ein neuer Ausbruch, der schlimmer als je zuvor unternommen werden wird, soll den arbeitenden Massen noch das letzte Hemd ausziehen. Es bleibt der Arbeiterklasse nur die rote Einheitsfront als Mittel, dagegen anzukämpfen. Dieser kapitalistische Staat muß zerschmettert werden!

Ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vertagung der Angelegenheit wurde durch den Antragsteller, die Deutschnationalen und die Kommunisten abgelehnt. Das Haus lehnte deshalb die Aussprache zur ersten Lesung des Schuldenentilgungsgesetzes fort.

Die Kritik der NSDAP

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) wiederbrauh der Aufstellung des Schuldenentilgungsgesetzes, das bisher beliebte Weg zur Sanierung von Wirtschaft und Finanzen wäre. Es sieht dem, so betonte er, die Tatsache gegenüber, daß sich die Lage fortwährend erheblich verschlechtert hat. Durch die letzten vier Notverordnungen sind Wirtschaft und Finanzen nicht gehöhrt, sondern in grauenhafte Unordnung gebracht und abgebröckelt worden. Die fortgesetzte Schmelzerung der Wirtschaft hat die Massen müde lassend auf den Weltmarkt wirfen. Alle bisherigen Notverordnungen waren dazu angehen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu schwächen. In der Zeit von 1929 hat sich die Erwerbslosenzahl auf über sechs Millionen verdreifacht. Das Steueraufkommen ist erheblich zurückgegangen, und zwar nicht trotz der Erhöhung der Zahl der Steuern und der Steuerhöhen, sondern wegen ihrer Erhöhung. Der Reichsbudgetminister hat feierlich erklärt, die Interferenz zu einem Leberbrüderkredit gebe er ein zweites Mal nicht. Vest verlängert er den Leberbrüderkredit und läßt die Festsetzung der Summe frei. Der Minister bekommt auf Grund seiner Ermächtigung durch Artikel 48 kein Geld mehr: jetzt soll der Reichstag ihm die Ermächtigung geben zu Krediten, die der Minister her nachher unter der Hand schon bedient hat. Wir denken nicht daran, eine so wichtige bedeutungsgeschichtliche Wurf zu unterstützen, wir behalten uns im Gegenteil vor, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung Anträge vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wegen bewußter Verletzung der Verfassung zu erheben.

Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag 11 Uhr: Erste und zweite Lesung des Schuldenentilgungsgesetzes, Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache.

Nach tumultuarigen Szenen Sitzung aufgehoben.

Berlin, 11. Mai.

Am Regierungstisch Reichsminister Dr. Brüning. Das Haus lehnte die Beratung des Schuldenentilgungsgesetzes in der Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache fort.

Abg. Dr. Bang (Dnat.)

Ende April wurde berichtet, daß der neue Haushalt dem Reichstag vorgelegt und, wenn irgend möglich, nicht durch Notverordnung verordnet werden soll. Das ist von vor acht Tagen erfolgte Erklärung, den Haushalt im Falle seiner Ablehnung durch Notverordnung zu verordnen, beweist deutlich genug, daß diese Reichstagsantrag nur eine leere Farce ist und daß ihr eine sachliche Bedeutung nicht zukommt. Wir leben jetzt von Notverordnungen am laufenden Band. Es sind nicht nur alle öffentlichen rechtlichen Sicherungen burchgehört, sondern es sind auch die privatrechtlichen Rechtsgewissheiten ins Wasser geraten. Es gibt heute keine Rechtsicherheit mehr. Es leben wir tatsächlich in einem Zustande der Verfassungslosigkeit. Die Regierung hat sich seit Jahr und Tag durch Notverordnung Milliarden von Kreditermächtigungen erteilt und damit die Zukunft in nicht verantwortlichem Ausmaß belastet. Wir verlangen Vorlegung einer Zusammenfassung über alle bisherigen Schuldenentilgungen von Krediten usw. Bei der Haushaltsrechnung 1930 ist unsere Unzulänglichkeit festgelegt worden. Man verweigert jede Klärung über die Verwendung von 500.000 Mark für Wahlzwecke. Die Haushaltsgeschichte der letzten vier Jahre ist die Geschichte des Zusammenbruchs aller Missionen, Hoffnungen und Berechnungen, wie auch aller Vorausberechnungen der Re-

gierung. Auch die Notverordnungen vom Oktober und Dezember 1931 haben den Ausgleich nicht bringen können. In einem gedeihlichen Staate leidet die Wirtschaft von der Politik; bei uns lebt seit dreizehn Jahren die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge ihrer Zerstörung. Wahrung und Wachstum sind bei uns zu etwas geworden, was wir als Kinder auf dem Hofmarkt als „Wädhchen ohne Unterleib“ anfauchen. (Heiterkeit). Wir leben finanzwirtschaftlich in und von Verschuldungen. (Sehr richtig! rechts).

Mit den Finanzen erschlagen wir die Wirtschaft, und an der Wirtschaft kranken die Finanzen. Helfen kann uns allein die Befreiung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung.

Auch der neue Etat wird mit Notverordnungen nicht zu halten sein. Das neue Staatsjahr steht schon jetzt angeht, die zu erwartenden Steuererlöse und der Unmöglichkeit, neue Kredite aufzunehmen, vor einer für die heutige Politik unlöslichen Situation. Das ist das Ende vom Liede! Das ist der ganze Erfolg der unerhörten Opfer, die man dem Volke auferlegt hat, um eine längst widerlegte Politik fortzusetzen. Wir stehen heute am Ende einer dreizehnjährigen Politik der Illusionen, einer Politik, die gemeint hat, daß ein Staat nicht aus der Produktion, sondern aus der Entziehung leben könne, einer Politik, für die der Feind nicht draußen steht, sondern die gearbeitet hat unter der Parole: „Der Feind steht rechts.“

Das System von heute ist erogen und zu leicht gefunden. Seine Uhr ist abgelaufen. Das ist der Sinn ihrer letzten und schwersten Kräfte unseres Volkes. Es bleibt heute nur noch ein Wunsch: Daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht den endgültigen Zusammenbruch unseres Volkes bedeuten möge. (Leb. Beifall rechts).

Abg. Baltrusch (Volksnat. Reichsgg.) stimmt dem Schuldenentilgungsgesetz mit Einfluß des Kreditermächtigungsgesetzes zu. Die wichtigste Frage ist die, wie die Beschäftigungslosen wieder in Arbeit zu bringen sind. Ohne Beteiligung der Tributzahlenden ist die Befreiung der Wirtschaft nicht möglich. Die Reichsregierung mußte das Klein aufrecht erhalten. Wer für völlige Autarkie eintritt, drückt den Lebensstandard des Volkes herab.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.)

führt aus, die Reichsregierung beschränkte ihre ganze Politik auf den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung. Der Aufstieg der NSDAP sei in erster Linie der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalerfolgs behindere. Das Volk protestiere gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur an Geld, Profite und Dividenden denke und die vergessen habe, an Arbeit und Befähigung zu denken. „Die große antipolitische Schmachtdie, die durch unser Volk geht, ist der Protest gegen eine entartete Wirtschaft. Man fordert vom Staat, daß mit diesem materialistischen Denken gebrochen, und für ehrlich geleistete Arbeit ein ehrliches Auskommen gewährleistet wird. (Zu den Soz.) Auch wir wollen Frieden, Frieden nach außen, und Ordnung im Innern. Wer die außenpolitischen Behauptungsmöglichkeiten Deutschlands zerstört, zerstört damit auch die Lebensfähigkeit des deutschen Arbeitervolkes. Arbeitssteigerung ist jetzt ihr Mittel. Früher haben Sie wenigstens noch von Arbeitssteigerung mit einem Lohnausgleich gesprochen. Heute soll es offenbar auch ohne diesen gehen. (Widerpruch bei den Soz. — Abg. Torgler (Komm.): Das nehmen wir in aller Bescheidenheit für uns in Anspruch! Bescheidenheit und Torgler sind zwei verschiedene Begriffe! (Große Heiterkeit). Arbeitssteigerung bedeutet praktisch 10prozentige Lohnabnahme für Millionen, Minderung der Kaufkraft, Verringerung der Arbeitsmöglichkeit. Sie ist ein Unrecht für die Erwerbslosen.

An dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften könnten wir unter entsprechenden Bedingungen mitarbeiten. Wenn man heute mit dem Gedanken umgeht, die Sozialversicherung, die reiflos fertig ist, in die Hände der Beschäftigten zu geben, muß man sich klar sein, daß das den Zusammenbruch der deutschen Sozialversicherung überhaupt



Zwei Herzen im 1/2 Takt

deuten wurde, die Verwertungen seien davon ge-
gen, ob sie die Forderung des Kabinetts noch zugehen
können, wenn dabei die Sozialpolitik in die Brücke geht.

Ich erinnere an unsere fünf Jahre vertretenen Grund-
züge: Rettung der Bauernwirtschaft, Notwendigkeit der
Binnenerzeugung, Ausbau des städtischen Zustroms, Gesund-
ung von Handel und Weltwirtschaft, Steigerung des In-
landsvertrages, Stand in Hand mit dem Befehnis zum
geschlossenen Wirtschaftssystem, Sicherung der Volksernäh-
rung, Organisation der nationalen Arbeit, Aufbau der In-
dustrie, Erneuerung des Bodenrechts und — fast das Wichtig-
ste — Verwirklichung des deutschen Volksgenossen, keine
Arbeitskraft im Rahmen der gesamten Nation zur Erzeu-
gung lebenswichtiger Güter bereitzustellen, ob er sich nun
als Geheime oder als Bergarbeiter um mag. Nicht Ka-
pital schafft Arbeit, sondern umgekehrt: Arbeit schafft Kapital.
Der Rückgang der Einnahme ist nicht eine Folge von Steigerung
der Selbstversorgung, sondern eine Folge trotts ge-
wonnener Armut. Wenn wir den deutschen Boden meliorieren,
erhöhen wir den nationalen Reichtum und brauchen
dazu nichts als die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Die
ersten großen Arbeitseinsatzmaßnahmen müssen vom
Staat ausgehen, weil kein Unternehmer dazu imstande ist.
Die Urbarmachung brachliegender Flächen würde jährlich
für 100 000 Menschen neue Siedlungsmöglichkeiten schaffen.

Wir haben von jeher nicht bezweifelt, daß Reichsanzeiger
Brüning mit festem Willen an die Bewältigung der Pro-
bleme herangeht. Aber er hat sich dabei mit Par-
teien verhalten, nicht denen man einfach nicht zusammen-
gehen kann. Regieren, Herr Reichsanzeiger, kann man nur
mit großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind, und
die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes haben,
und dieses Vertrauen haben wir uns erworben, indem wir unsere
Bewegung aus nichts gegen sie alle aufgebaut haben.

Abg. Hepp (Cuba)

bezeichnet es als einen schweren Fehler, daß man nicht be-
achtet nach den Reichstagswahlen von 1930 die großen po-
litischen Kräfte der Rechten zur Verantwortung mitbrin-
gen konnte. Das Verbot der SA und SS der National-
sozialisten wurde von der Landvolkpartei in feiner Weise
gebilligt. Nach einer Kritik der allgemeinen Wirtschaftspoli-
tik der Reichsregierung erkannte der Redner die Wohn-
not an, die zur Sicherung der Ernte und der landwirt-
schaftlichen Betriebe im Ostgebiet durchgeführt wurden.
Der Wert eines freiwilligen Arbeitsdienstes sei von der
Landvolkpartei bereits frühzeitig erkannt und der Regie-
rung empfohlen worden.

Da eine weiteren Vorermittlungen vorliegen, schließt
Präsident Böde die erste Lesung des Schuldentilgungsges-
etzes.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) beantragt Uebernahme
des Gesetzes an den Haushaltsauschuß. Abg. Celler (Ztr.)
widerpricht diesem Antrag.

Am Hauptausgang wird die Ausschlußbesetzung mit
264 gegen 208 Stimmen abgelehnt. In zweiter Lesung
werden ohne besondere Abstimmung die §§ 1 bis 7
des Schuldentilgungsgesetzes gegen die Rechte und die
kommunisten angenommen.

§ 8 wird mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. —
Annahme findet auch § 9, womit die zweite Lesung des
Schuldentilgungsgesetzes beendet ist. Die dritte Lesung
findet am Donnerstag statt.

Das Haus wendet sich dann dem zweiten Gegenstand
der Tagesordnung, der allgemeinen politischen Aussprache
zu, die im Gegensatz zur Montagssitzung von der Beratung
des Schuldentilgungsgesetzes getrennt ist.

Abg. Grafmann (Soz.)

tritt zunächst der Behauptung der Nationalsozialisten entgegen,
die die Vorkämpfer gegen landesverräterische Verfügungen
in der nationalsozialistischen Presse seien umwar. Dem
gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsstand gebe es in
Deutschland 2½ mal so viel Direktoren wie vor dem Kriege.
100 000 Ausschüßratsmitglieder bezögen in einem Jahre
ebensoviel an Lohnterminen wie die Aktiengesellschaften Divi-
den an ihre Aktionäre ausgeschüttet hätten, nämlich 1½
bis 2 Milliarden im Durchschnitt. Die Wohnrenten lagen
zu einem Zustand geführt, der jeden Deutschen mit Scham
erfüllen müßte. Wir leben in der orientalischen Zunahme des
Bevölkerungs in Deutschland, die für das Speisepersonal zu einem
Anlaß der Furcht wird. Die Wirtschaftspolitik stellen sich
selbst das Armutzeugnis aus, nicht helfen zu können. Wir
verlangen die Verkürzung der Arbeitszeit; sie muß allerdings
verbunden werden mit einem Einkommenszwang und darf
nicht eine Gewinnsteigerung für den Unternehmer zur
Folge haben. Auch wir wünschen ländliche Siedlung und

Meliorationen.

Abg. Göring (Nat.-Soz.)

erinnert daran, daß sich das Kabinett Brüning vor 2½
Jahren als Kabinett Frontalabenteurer eingeführt habe.
Wir glauben selbst, so fährt er fort, daß, wenn es in
diesem Geiste arbeiten würde, es tatsächlich Aufbaubarkeit
leisten könnte. Es zeigte sich aber bald, daß man es besser
bezeichnen konnte als „Kabinett der Illusionen“. Es ist für
uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir diesem Kabinett
in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aussprechen. Auf
allen Gebieten des öffentlichen Lebens, auf allen Gebieten
der Politik hat es teillos versagt.

Es ist nach unserer Auffassung nicht möglich, Herr
Reichsanzeiger, mit der Teilnahme an internationalen Ver-
handlungen die Lage des Volkes zu bessern, sondern eine
gesunde Politik im Innern muß erst die Möglichkeit schaf-
fen, an solchen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen.

Wismar hat erst mit einem Machtmittel im Innern
durch seine Außenpolitik Staat und Wirtschaft zur
Blüte bringen können. Heute leben wir das Gegenteil von
der schwachen Innenpolitik der Außenpolitik mit ihrer
Dummheit. Wir legen die wertvolle Bedeutung der
Brüningischen Außenpolitik deutlich in der geringen Ein-
schließung Deutschlands. Ich erinnere an Danzig und Memel.
Das wären die Leistungen der Außenpolitik sein, daß die
Bedrohung der Ostgrenzen heute stärker denn je ist! Auch
in der Memel-Frage haben wir keinen Erfolg. Wenn Danzig
noch nicht ein Raub der Polen geworden ist, dann ist das
nicht Ihrer Außenpolitik, Herr Reichsanzeiger, zu verdanken,
sondern dem starken nationalen Willen, den wir dort ent-
facht haben, und wozu auch Hitler selbst beigetragen hat.
(Zuruf von den Soz.: Der Werd in Neuteich!) Man kann
Außenpolitik mit Erfolg nicht mit passifistischen, interna-
tionalen Organisationen betreiben, von denen man weiß, daß
sie nicht für Volk und Vaterland eintreten. (Lebh. Zurufe
von den Soz.)

Das Verbot der SA war nichts anderes als eine mora-
lische Abkürzung des Freiheitswillens durch die Regierung.
Das Lebensrecht der deutschen Nation ist nie härter als von
unserer Bewegung bedroht worden. Die SA hat niemals
Waffen besessen. (Widerpruch links.)
Ich protestiere, daß dieser Verlegung Landesverrat un-
tergehoben wird. Für Landesverrat sind Sie (nach links
gewandt) zuständig. (Anheulendes Händeklatschen bei den
Nat.-Soz., die Beifall beifolgt. Die Kommunisten und Sozialisten:
Lump! Schuft! Sie Himmel. Vizepräsident Eiser
ruft den Redner zur Ordnung und ermahnt das Haus zur
Ruhe mit den Worten: Wir haben doch 1½ Tage lang
friedlich verhandelt.) Die Herren haben doch betont, daß
der Vorwurf des Landesverrats für sie nicht entzehrlich ist.
(Neu erregte Zurufe bei den Soz.)

Göring wendet sich an den Reichsanzeiger mit den Worten:
Ist es richtig, Herr Reichsanzeiger, daß Volkshalter von
Soehle vor dem SA-Vorwort wiederholt in dringenden Te-
legrammen darauf hingewiesen hat, daß das Verbot sowohl
für die Abrüstungsverhandlungen als auch für die sonstigen
außenpolitischen Verhandlungen notwendig ist?

Reichsanzeiger Dr. Brüning: Ich kann diese Frage sofort
beantworten, und zwar dahin, daß in meinem Telegramm
der Volkshalter von Soehle sich mit der Frage eines Ver-
botes der SA jemals beschäftigt hat. (Hörl. hörl. b. d. Soz. —
Anhaltende Plul-Rufe links.)

Göring: Der Herr Reichsanzeiger arbeitet mit dem
Argument, daß Deutschland durch dieses Verbot gewisse Er-
leichterungen in außenpolitischen Verhandlungen erlangen
könnte. Die Besetzung des Kabinetts Brüning ist nichts anderes
als die Angst vor dem Nationalsozialismus. Hätten wir
nicht die SA gehabt, dann würde heute überhaupt keine
Ordnung mehr in Deutschland möglich sein. (Lebh. Händel-
klatschen b. d. Nat.-Soz.) Der Redner widerspricht Darle-
gungen über Hitlers Lauenburger Rede. Vor zwei Jahren
wäre noch Zeit gewesen, endgültig von dem Kurs mit der
Linken abzugehen. Seitdem ist der nationale Wille in
Deutschland aus sich selbst unterdrückt worden, so daß wir
geradezu verpflichtet sind, diesem Kabinett unser Mißtrauen
auszusprechen. (Zuruf d. Abg. Torgler (Komm.): Sprechen
Sie nicht zuviel, morgen kommt es vielleicht anders! —
Heiterkeit links.) Ein nationalsozialistisches Deutschland
wird keine Grenzen vor allem auch dadurch ziehen, daß es
die Vertreter im Innern zerlegt befehligen! (Hörl.) In den
letzten Wochen ist gegen uns mit größter Ungerechtigkeit
vorgegangen worden. Man verbot Beschlagnahmen wegen
unzureichender Polizeikräfte, hatte aber genügend Polizei
für Hausdurchsuchungen usw. zur Verfügung. (Die Nat.-Soz.
weisen auf den im Saal anwesenden Berliner Polizeivize-

präsidenten Dr. Weiß hin und rufen anhaltend erregt:
„Hörl!“ „Raus!“)

Wenn man den Nationalsozialisten vorwirft, mit dem
Gedanken einer neuen Inflation zu spielen, so vergißt man
dabei ganz, daß sich der ehemalige sozialdemokratische Reichs-
finanzminister Hilferding, der Finanzminister für Inflation, zu-
rückgesetzt hätte müß, (Händeklatschen bei den Nat.-Soz.)

Das Kabinett Brüning genügt nicht mehr das Ver-
trauen des deutschen Volkes. Das Volk verlangt andere
Männer! Jetzt, nachdem wir aus den Vorkämpfern so stark
herorgegangen sind, wenden wir uns ausdrücklich an alle
Parteien, die bewirkt am Aufbau Deutschlands arbeiten
wollen. Das Kabinett Brüning muß befristet werden, damit
Deutschland leben kann! Unablässiger Beifall und Händel-
klatschen bei den Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) bittet den Präsidenten in
einer Geschäftsordnungsberatung, festzustellen, was der
Berliner Vizepräsident Dr. Weiß auf der Reichstags-
tribüne zu tun habe. Vizepräsident Eiser geht auf diese
Frage nicht ein. Das Wort nimmt dann

Reichswehrminister Groener:

Wenn der Abg. Göring der Regierung und mit dem Vor-
wurf gemacht hat, daß wir durch das Verbot der SA und
SS der Nationalsozialisten die moralische Abrüstung des
Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen
aus das ernste Verwahrung einlegen. (Erregt mit der
Faust auf das Rednerpult schlagend.) Ich verbiete mir das!
(Händeklatschen in der Mitte. — Erregte Zurufe bei den
Nat.-Soz.)

Am 13. März 1930 ist aber, so führte Minister Groener
weiter an, ein Staat gegen den Staat entstanden. Was
nun das

Reichsbanner

betriffe, so sei das Reichsbanner sachgemäß über-
parteilich. Die Aufgabe des Reichsbanners, das den Staat
schütze, werde in der Bundesbesetzung auf den Schutz der
Reichsbesetzung abgeteilt. Die SA dagegen sei gegen
den Staat eingestellt gewesen.

Die Abschaffung des Materials, das ihm für die
Rechtfertigung des von den Reichern geforderten Verbots
des Reichsbanners zugegangen sei, habe, abgesehen von
Einzelfällen, die Vorkürze nicht befristet. Hinsichtlich
der angeblichen Anmaßung militärischer Befugnisse habe
die Prüfung in allen Fällen eine gänzliche Falllosigkeit
der Behauptungen ergeben. Was die Vorkürze anbe-
lange, die die Bürgerkriegsgehe zum Gegenstand hätten,
so sei festgestellt worden, daß tatsächlich einzelne red-
nerische Eingelungen vorgekommen sind. Eine Umfö-
der Bürgerkriegsvorbereitung seitens des Reichsbanners
könne aus diesen rednerischen Eingelungen jedoch nicht
abgeleitet werden. Nach alledem könne das überpartei-
liche Reichsbanner mit der SA der Nationalsozialisten
nicht gleichgestellt werden, so daß die Voraussetzungen
für ein Reichsbanner-Verbot nicht gegeben seien.

Unterbrechung der Sitzung

Nach der Rede des Ministers beantragte Abg. Stra-
fer namens der nationalsozialistischen Fraktion die Ver-
breitung der Ministerrede auf Schallplatten und die Zer-
stückung eines Kabinettsschreibens darüber, ob Mini-
ster Groener noch weiterhin die öffentliche Sicherheit
und die Arme in Händen halten dürfe.

Als Vizepräsident Eiser den Abg. Straffer nunmehr
von der Sitzung ausschloß, antworteten die National-
sozialisten mit stürmischen Protesten. Es entstand ein
allgemeiner Tumult, in dem Vizepräsident Eiser feinen
Platz verließ und damit die Sitzung unterbrach.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Vizeprä-
sident Eiser, der Abg. Straffer habe u. a. ausge-
führt:

Ich beantrage Aussetzung der Debatte, damit sich
das Reichskabinett darüber klar wird, ob dieser Mann
weiterhin die öffentliche Sicherheit gewährleisten
und die Arme in Deutschland führen soll.“

Er und andere Mitglieder des Hauses hätten statt „Ge-
währlernen“ „gefährden“ verstanden. Auf Grund
dieser Aussetzung gäbe es zu der schärfsten Maßnahme
der Ausweisung gesährten. Nach den seitigen Beifol-
lungen erweise ein Ordnungsruf als ausreichend, die
Ausweisung werde zurückgenommen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dr. Bell
(Ztr.) vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

Tagebuch Menschen

ROMAN VON HANS HEIDEGGER

UNTER MITWIRKUNG VON HERRN DR. HERRMANN HERRMANN, BERLIN S. O. 20

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Christa hörte auf: „Konventionalltraje? Was für Konventionalltraje?“

„Nun, wie es im Verträge steht.“

„Davon steht nichts da.“

„Doch!“

„Nein!“

„Doch! — Bitte, dann lesen Sie einmal!“ Sie hielt

Christa das von ihr unterschriebene Bz. unter die Nase

und zeigte mit einem Finger auf einen Satz am Schluß,

laut dessen Christa bei Hinterkäufung der Vertragspflichten

eine Buße von tausend Dollar zahlen habe.

„Das steht auf meinem Formular aber nicht, das ist als

Kopie habe, und damals, als ich unterschrieb, hat es auch

Sie nicht gefunden.“ Sie schloß empört aus.

„Nun ist es gefälligst über den Vertrag!“ jagte Christa,

„ich hatte mir das Formular ganz genau durchgesehen.“

Die Gräfin stand hochaufergerichtet da.

„Sie wollen mich also einer Urkundenfälschung be-

schuldigen?“

„Jawohl! Sie sind eine große Betrügerin! Ich durch-

schaue Sie!“ knirschte Christa. „Geben Sie sofort die Tür

frei, ich gehe zur Polizei!“

Höhnelächelnd hatte sich die Gräfin zwischen die Erregte

und die Tür geschoben. Jetzt nahm sie ein kleines Tuch aus

der Tasche, das sie Christa blitzschnell vor die Nase hielt.

Das war Wädden in feiner Erzeugung, sehr feilig, atmete,

hatte es den behaglich den ihm aus dem Tuch ent-

gegenständig, reich eingewickelt. Bevor sie noch einen Hilferuf

ausstoßen konnte, hatte sie bereits ihr Bewußtsein verloren.

Einige Enttunden später trat die Kuffin bei Venz ins

junge Dame liege oben benutzlos in ihrem Bett. Der In-

genieur zupfte an seinem krüppeligen Schmurrbart.

„Fatale Sache“, murmelte er, „warum bist du nicht gleich

zu mir gekommen, als ich dir vorhin einen Rat gab?“

„Das Mädel hat mich wiederbetannt! Ich wollte doch

keinerlei als Ingenieur Venz der ist!“

Die Augen der Gräfin waren ganz weit geöffnet:

„Was? — Darum also kam ich auch mir damals so furcht-

bar betannt vor. — Aber nun müssen wir handeln! Was

soll geschehen?“

Venz zog die Stirn in Falten. „Er war sehr ärgerlich,

„Hättest du die doch nur wieder laufen lassen!“ jagte er,

„die Sache kann uns zum Verhängnis werden! Ihnen die

anderen etwas?“

„Nein!“

„Wir müssen Sie jetzt in Betäubung halten, bis das

Schiff abgeht. Ich werde die Sache in die Hand nehmen.

Meinen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.“

Er begann sich sofort in das Zimmer, wo Gräfin lag. Man

konnte glauben, er stand gegenüber zu stehen.

Als die Kuffin ihm nachkam, jagte er, er wolle zunächst

selbst bei dem Wädden wachen. Inzwischen rückte der

Abend näher. Die Abfahrtsstunde des Dampfers schlug.

Christa war schon zweimal zu sich gekommen, wurde aber

blets sofort wieder betäubt. Zwei Stunden vor Abfahrt des

Schiffes hatte Venz sie in ein Auto gebracht, angehängt, um

sie zur Gräfin zu führen. In der Zwischenzeit fuhr er eine

Stunde weit ins Land hinein, hielt sie fortwährend betäubt,

nahm ihr alle Papiere, Ausweise usw. ab und band sie im

Walde an einem Baum daran fest, daß sie sich überhaupt

nicht mehr bewegen konnte. Dann raste er mit dem Wagen

in schnellster Fahrt zurück und befiel mit den anderen Wädd-

gen das Schiff, als sei gar nichts vorgefallen.

Die Gräfin, die zurückbleib, fand nur noch wenige Mi-

nuten Zeit, mit ihm ein paar Worte zu wechseln.

„Nun, wie ist es?“ fragte sie ihn.

„In keinen scharfen Zügen gucke es.“

„Beleuchtet!“

„Wie?“

„Sumpf uferloser Beratungen“

Deutscher Versuch, Entscheidung herbeizuführen.

Genf, 11. Mai.

Der deutsche Vertreter im Ausschuss der Abrüstungskonferenz, Geblender von Weizsäcker, appellierte in dringender Form an die Delegierten, endlich den „Sumpf der uferlosen, teilschnigen Beratungen“ zu verlassen, und dem Hauptausgang für die politische Entscheidung über das Verbot der Angriffswaffen die notwendigen lastenden Vorschläge zu machen. Nach dem Verfall der Beträge seien Deutschland alle Geschütze über 10 Zentimeter Kaliber verboten worden. Die deutsche Abordnung beantragte daher, daß sämtliche Geschütze über 10 Zentimeter Kaliber als Angriffswaffen erklärt würden. Die Vertreter der kleineren neutralen Staaten beantragten ihrerseits, daß Geschütze über 15 Zentimeter Kaliber als Angriffswaffen anzusehen seien.

Durch den deutschen Vorschlag ist jetzt von neuem von deutscher Seite verlangt worden, einen Ausweg aus dem sich entwickelnden Sumpf und Herrschen zu finden, und endlich die Hauptentscheidung über das Verbot der Angriffswaffen durch lastende Vorschläge vorzubereiten.

Negative Arbeit im Rat

Am Völkervertrag wurde einstimmig beschlossen, die Kosten der Beerdigung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, die in Frankreich erfolgen wird, zu übernehmen. Ohne weitere Rücksprache wurde jedoch der erste Bericht des nach der Mandatsfrage entsandten diplomatischen Untersuchungsausschusses des Völkervertrages an die Vollversammlung überwiegen, wobei jedoch der japanische Vorkämpfer einen Vorbehalt in der Richtung machte, daß die japanische Regierung nach wie vor die Behandlung der mandatsrechtlichen Frage durch die Völkerverammlung nicht anerkenne.

Ein Bericht über die Einleitung großer internationaler öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde auf eine nächste Sitzung verschoben, da für diese Frage noch nicht genügend Vorschläge vorliegen.

Der neue Präsident

Lebrun mit großer Mehrheit bestätigt.

Verfallens, 11. Mai.

Senatspräsident Albert Lebrun ist im ersten Wahlgang mit 633 Stimmen von insgesamt 777 Stimmen mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Paul Faure erhielt 114, Pauline 12 und der Kommunist Caglin 8 Stimmen. Ein Teil der Abgeordneten hat Stimmhaltung geübt.

Rücktritt der französischen Regierung

Tardieu verzichtet auf Wiederbeantragung.

Paris, 10. Mai.

Der französische Kabinettsrat ist unter dem Vorbehalt des Ministerpräsidenten Tardieu im Außenministerium zusammengetreten, um sich mit der Angelegenheit der Kammerwahlen und der bevorstehenden Wahl des Präsidenten der Republik zu befassen.

Der Kabinettsrat hat einstimmig beschlossen, der Aelterlieferung entsprechend dem neuen Präsidenten am Dienstagabend den Gesamtrücktritt zu unterbreiten. Der Ministerpräsident wird den Staatspräsidenten bitten, von einer neuen Vertrauensmitteilung mit der Regierung abzusehen. Ergänzend erklärte Tardieu der Presse, daß das Kabinettsrat bereit sei, die Geschäfte bis zum 1. Juni weiterzuführen.

Auf Wunsch der Witwe des Präsidenten Doumer sollen dessen sterbliche Überreste nicht, wie zunächst beschlossen, im Pantheon, sondern in der Familiengruft auf einem Pariser Friedhof beigesetzt werden.

Das amtliche französische Wahlergebnis

Nachdem das amtliche Gesamtergebnis über die 605 Mandate des französischen Mutterlandes und 6 von insgesamt 10 Kolonialmandaten vorliegt, ergibt sich folgendes Bild:

Konfessionelle	5 (Verst. 3)
Republikanisch-Demokratische Union (Marin-Gruppe)	76 (Verst. 14)
Unabhängige Republikaner	28 (Verst. 2)
Radikale Demokraten	16 (Verst. 3)
Einserrepublikaner (Klein-Gruppe)	72 (Verst. 28)
Radikale Linke (Germain Martin)	62 (Verst. 29)
Radikalsocialisten	157 (Verst. 48)
Unabhängige Sozialisten und sozialistische Republikaner	37 (Verst. 5)
Sozialisten (Leon Blum)	129 (Verst. 17)
Unabhängige Kommunisten	11 (Verst. 6)
Kommunisten	12 (Verst. 2)

Was die Kolonialmandate anbelangt, so haben die Unabhängigen Radikalen 3 Sitze, die Sozialisten 1 Sitz, die Einserrepublikaner 1 Sitz und die Unabhängigen ebenfalls 1 Mandat erobert. Fehlen tun noch die Ergebnisse aus Guyana und Guadeloupe, während die Wahlen in Réunion erst am 15. Mai stattfinden.

Annahme der Erwerbslosenzahl

Genf, 10. Mai.

Nach Mitteilung der zuständigen Stelle betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 30. April 5 787 000, das sind rund 197 000 weniger als Mitte April. Um einzelnen wurden aus der Arbeitslosenversicherung 1 232 000 Personen, aus der Arbeitslosenversicherung 1 675 000 Personen unterstellt, während die Zahl der Wohlfahrtsverworbene rund 2 Millionen betrug.

Hessen wählt am 3. Juli.

Darmstadt, 10. Mai.

Das hessische Gesamtministerium hat auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes, das die Landtagswahlen vom 15. November 1931 für ungültig erklärt hat, für die Neuwahlen zum hessischen Landtag den 3. Juli bestimmt.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 11. Mai 1932

* Ein Einbrecherkleeblatt gefasst. Wie gestern früh um 7 Uhr am Rathaus vorbeifam, merkte, daß etwas Unregelmäßiges vor sich ging. Kanjagareitende von verschiedenen Orten der Umgebung sammelten sich auf dem

Rathaus und fuhren in Automobilen nach verschiedenen Richtungen auseinander. Den unermüdlichen Nachforschungen der Polizei war es nämlich gelungen, die Täter der letzten zahlreichen Einbrüche zu ermitteln, sodas nunmehr zu ihrer Verhaftung geschritten werden konnte. In allen drei Stellen wurde gleichzeitig zugegriffen und so gelang es, alle drei zu überfallen und widerstandslos festzunehmen. Wie notwendig das überraschende Vorgehen der Polizei war, bewies die Tatsache, daß bei der unmittelbar darauf vorgenommenen Hausdurchsuchung eine Armeepistole (Parabellum) und eine Mauser-Pistole beschlagnahmt wurden, die beide mit scharfer Munition geladen waren. Verhaftet wurden die beiden Brüder Arbeiter Alfred Möller, Dübener Straße 20, und Willi Möller, Gniek, und als dritter der Geschäftsführer Max Heinrich, der bei dem Kaufmann Möbius in Bergwitz beschäftigt war. Da bei den Hausdurchsuchungen verschiedenes Diebesgut gefunden wurde, blieb den Tätern, die erst hartnäckig leugneten, nichts weiter übrig, als sich zu einem Geständnis zu bequemen. Bis jetzt haben sie 5 Einbrüche zugegeben, doch werden wohl noch mehr auf ihr Schuldkonto kommen. Am interessantesten ist die Aufklärung, die der im vorigen Herbst bei dem Fahrradhändler Robert Schreiber verübte Einbruch bei dieser Gelegenheit gefunden hat. Alfred Möller, der mit seinem Hauswirt auf gutem Fuße stand und mit ihm freundschaftlich verkehrte, wollte mit ihm gemeinschaftlich zu einer Geburtstagsfeier gehen. Vorher benachrichtigte er seinen Bruder Willi davon, daß das Haus leer sein würde und daher eine herrliche Gelegenheit sei, ein Ding zu drehen. Das Geld liege im Versteck, der Schlüssel dazu im Küchenschrank, einsteigen könne er am besten durch das Fenster vom Hofe her ein. Willi besetzte die Nachschlage gewissenhaft und war innerhalb von 10 Minuten fertig und entkam ungehindert und ungeschrien. Am anderen Morgen teilten beide die Beute und Alfred W. belief sich auf die Dreifachheit, später zum Polizeibüro zu gehen, um sich nach dem Stande der Ermittlungen zu erkundigen. Er bemerkte sich, daß die Polizei nicht genügend für die Aufführung des Einbruchs getan hätte. Wenn die Polizei den Täter nicht fassen konnte, dann würde er selbst der Sache auf den Grund gehen und den Täter suchen. Er war sehr erstaunt, als nun plötzlich die Polizei den Täter doch gefunden hatte ohne seine Hilfe, allerdings mit seiner etwas unwilligen Mithilfe. Die Verhafteten sind noch gestern abend gegen 10 Uhr in das Gefängnis Wittenberg transportiert worden. Damit dürfte die Sicherheit in Remberg wieder hergestellt sein. Die Polizei hat bemerkt, daß sie fähig ist, auch mit den raffiniertesten und gefährlichsten Einbrechern fertig zu werden.

* Die Metzgereiprüfung im Schuhmacherhandwerk befindet vor der Prüfungskommission in Wittenberg Walter Grösch von hier. Wir sprechen dem jungen Meister unsere besten Wünsche zu und wünschen ihm die besten Erfolge in seinem ferneren Lebensweg.

* Pfingst-Sportfest in Wittenberg. Der Kaufmännische Turnverein in Wittenberg veranstaltet am 1. Pfingsttag einen großen sportlichen Vereinskampf in Gemeinschaft mit dem Sportklub Charlottenburg, Schöneberger Turn- und Sportklub und Victoria 96 Magdeburg. In diesem Vereinskampf wird jeder Verein seine besten Wettkämpfer, die ja gleichzeitig auch unter den besten Deutschlands zu finden sind, in die Kampfbahn stellen. Die Namen der Teilnehmer und ihre Leistungen sind so bekannt, daß es zwecklos ist, jeden einzelnen hier seine Fertigkeiten zu beschreiben. Außer diesem Vereinskampf sind offene Wettkämpfe im 100-m-Lauf und mehrere Staffeln vorgesehen. Besonders Interesse wird der 100-m-Lauf erregen, in welchem König, Bent, Flug und Lammer, alle vier Anwärter für die Olympiade in Los Angeles, zusammenstreffen. Es ist ein so wechselseitiges Programm, daß auch der Verdienst auf seine Kosten kommen wird. Der Kaufmännische Turnverein hat Einrichtungen getroffen, daß genügend Sitzplätze vorhanden sind. Da die Luftverhältnisse außerordentlich sportlichen Vereinskampf auch sonst viel Sehenswürdigkeiten bietet, ist ein Pfingstausflug dorthin in diesem Jahre besonders lohnend.

* Achtung: 60 unter 100 fahls! Die Kaffee-Zee-Kataoz-Jeitung in Hamburg teilt mit, daß etwa 60% aller Malzkaffees, die der zuständigen Stelle zur Prüfung eingereicht werden, noch nicht einmal den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Es sind oft überhaupt gar keine Malzkaffees, sondern nichts anderes als einfach gebrannte Gersten. Das Innere der einzelnen Körner solcher „Malzkaffees“ ist nicht veredelt worden, sondern ist geblieben, was es war, als die Gerste noch auf dem Halm stand — roher, in Wasser unlosbar, Stärkeleiser. Schade, daß es immer noch Hausfrauen gibt, die auf solche „Malzkaffees“ reinkaffen. Man kann doch heute in jedem Kolonialwarenladen den guten „Kathreiner“ haben. Das ist wirklich Malzkaffee; in jedem einzelnen Kathreinerkorn steckt ein dicker dunkelbrauner Kern aus glühendem Röstkorn — der Röstkornkern. Wenn der Kathreiner ein paar Minuten lang durchgeseiht wird, löst sich dieser Röstkorn im Wasser auf. Und das gibt dann das Volle, das Vollmundige im Aroma. Der Röstkornkern macht's! Der Gehalt macht's! Das sagt man mit vollem Recht vom echten Kathreiner.

Gräfenhainchen. Auf Antrag 1. der Witwe Helene Brinling, geb. Varrh, 2. des Buchdruckers Helmut Brinling, 3. des Studenten Günter Brinling, Verlag des „Gräfenhaincher Tagesblattes“, wurde am 25. April 1932 das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Unter den vielen Zusammenstößen der letzten Zeit hat sich auch eine große Zahl von Druckereibetrieben befunden, einer Ursache, die sich immer wieder bereit fand, den weitgehenden Wünschen ihrer Auftraggeber in der Hoffnung auf bessere Zeiten zu entsprechen und dadurch vielfach den Unkosten zu erwidern, als ob es ihr immer noch sehr gut ginge. Unerkennbar Preisunterstützungen ließen die Meinung erkennen, daß in dem Gewerbe, das kaum seine Selbstkosten herausbekommt noch große Gewinne erzielt werden müßten. Da sich aber die Hoffnungen auf bessere Zeiten bis heute leider noch immer nicht erfüllt haben, ist nur eine beratige Unterhöhlung des gesamten Preisniveaus eingetreten, daß

die unausbleiblichen Folgeerscheinungen jetzt so erschreckend deutlich zu Tage treten, wie es nun auch in unserer Nachbarhaft Gräfenhainchen der Fall ist.

Seegehrig, 9. Mai. (Vgl. S. 11.) Bei dem in der Nacht zum Sonntag hier niedergehenden Gewitter schlug der Blitz in den Maschinenräumen des Landwirts Albert Mantz ein. Der Schuppen brannte mit allem Inhalt, Drehmaschine und sonstige landwirtschaftliche Maschinen und Geräten, vollständig nieder. Auch ein Teil der angrenzenden Scheune brannte ab. Der Schaden ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Tödlicher Unfall in der Filmfabrik.

Mollen (Kr. Bitterfeld). In der Filmfabrik Mollen der A. O. Farbenindustrie Aktiengesellschaft verunglückte der Arbeiter Walter Reiche aus Balfen tödlich. Er war mit anderen Arbeitern mit dem Schleifen eines großen Kondensators beschäftigt. Durch Bruch der Haltevorrichtung der Defel etwa einen Meter herab auf den Boden, Reiche, der sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnte, wurde von einem Teil des Defels getroffen und erlitt durch Querschnitt schwere innere Verletzungen. Er wurde sofort dem Bitterfelder Allgemeinen Krankenhaus zugeführt, wo er verstarb.

Deltsch. Lebensgefährlich verlegt wurde vom eigenen Bruder ein gefährlicher Anschlag auf den 41-jährigen Krankenhaus eingeleitet, die ihm sein Bruder, ein 17-jähriger erwerbsloser Bürche, durch schickliches Handeln mit einem Terzerol beibrachte. Das Weisheitsgeschick durchschlug das Gehirn und blieb in der Schwelbende des Hinterkopfes sitzen. Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst.

Radis (Kr. Wittenberg). Fernatitzüge werden jetzt einiger Zeit auf der Strecke Berlin—Halle—Leipzig beschlagnahmt. Jetzt scheint man aber den Tätern auf die Spur gekommen zu sein. In der vergangenen Woche wurde von den Führern eines Kraftwagens ein Verdrächter festgehalten, der von ihrem Wagen ein Anschlag fahle gestohlen hatte. Im Handgelenk eines entkam der Unbekannte, wobei er seine Lederjacke mit einer Selbstmordpistole zurückließ. Die inoffiziellen benachrichtigten Wittenberger Schutzpolizei stellte ein Auto sicher, mit dem der Geschädigte vermutlich angekommen war. Hierbei wurde der Führer verhaftet, der zwar seinen Führerschein, dafür aber eine Anschlag fahle Papiere bei sich hatte. Er nannte sich Alfred Lauerer und wußte 1894 in Berlin geboren sein. Sicher fest zu sein, daß das vom ihm gestohlene Auto geliehen worden ist. Der Verhaftete steht im Verdacht, an einer Reihe von Autodiebstählen beteiligt zu sein.

Mit dem Terzerol auf die Braut.

Walle. In der Schmitzkarren des Gutes „Rufsch Hof“ in der äußeren Merseburger Straße spielte sich eine blutige Eifersuchtstragödie ab. Ein aus Kattowitzer zugewandter, 22-jähriger Arbeiter, der seine auf dem Gut beschäftigte 18-jährige Braut belustete, gab aus einem Terzerol einen Schuß ab, der das Mädchen in die rechte Brust traf. Darauf verlegte sich der Täter durch einen Schuß in sein Schenkel. Der junge Mann wurde zu der Tat getrieben worden zu sein, weil seine Braut die Beziehungen zu ihm lösen wollte.

Dobberten (Kr. Stendal). Beim Sturz vom Dreschboden wurde der Landwirt Carl Richter von einer hinter ihm herfallenden Art mit der Schenke am Schenkel getroffen, wodurch eine linksseitige Spaltung des Schenkel hervorgehoben wurde. Er liegt lebensgefährlich verlegt im Krankenhaus.

Brandstiftung als Hochzeitsgabe.

Ankerhof (Kr. Salzwedel). Das Schöffengericht verurteilte in der Gastwirtschaft Krüger die angeklagte Frau Krauel zu 1 1/2 Jahre Zuchthaus, ihren Ehemann zu 9 Monaten Gefängnis und das Ehepaar Wrede (Lothar und Schwiegermutter der Krauel'schen Eheleute) zu je 2 Monaten Gefängnis. Einen Tag nach Weihnachten brannte die Krauel'sche Scheune nieder, und zwar zu der Zeit, die Tochter des Ehepaars Krauel mit dem Landwirt Wrede getraut wurde. Der Landwirt Krauel und seine Frau waren zur Trauung nicht gegangen, sondern zu Hause geblieben. Sie gaben vor Gericht an, nicht zu wissen, wie der Brand ausgekommen sei. Es waren bereits vor drei Jahren wegen eines Brandes auf ihrem Gehöft verhaftet worden, mußten aber damals wegen Mangels an Beweisen freigelassen werden.

Gläubigerversammlung bei Junkers. — Verlegung um 8 Wochen.

Deffau. Im Vergleichsverfahren über das Vermögen des Professors Hugo Junkers wurde am Dienstag die erste gerichtliche Gläubigerversammlung abgehalten. Das Verfahren schießt zugleich die Firmen Junkers & Co., Kallorifer-Werte und Junkers-Forschungsanstalt ein. Der Treuhänder, Beihemer von Buttlar, Berlin, bat um Verlegung, da es ihm infolge des Ablebens seines Vororgans, Dr. Adler, nicht möglich war, einen abschließenden Status vorzutragen. Der Gläubigerausschuss war der Meinung, daß es unmöglich sei, einen vorläufigen Vergleichsvorschlag nur für einen Komplex von Professor Junkers zu machen, wenn nicht zugleich die Vorschläge für die Junkers-Zugzugehörige und Junkers-Motorenbau vorgelegt werden. In absehbarer Zeit soll deshalb eine gemeinsame Sitzung für alle Gläubiger herbeigeführt werden, um einen General-Überblick zu gewinnen. Wenn Aussicht besteht, daß in jedem der drei Unternehmungen die rechtliche Mehrheit erreicht wird, können geeignete Verfahren der einzelnen Werke eingeleitet werden. Die Verammlung beschloß, sich auf den 8. Juli, die übrigen Verammlungen auf den 6. und 7. Juli zu versetzen.

Schwerer Verletzungsfall durch leichtsinnigen Radfahrer.

Helbra (Mansf. Bez.). Auf der Landstraße Helbra-Poffsdorf hatte sich der 39-jährige, verheiratete inwalide Hüttenmann Willi Müller aus Siebigrode an den Anhänger eines Treckers gehängt. Er wollte sich bei der Überwindung der Wegegabelung mit seinem Fahrrad nicht lo anstrengen. In dem Augenblicke, als ein Personkraftwagen den Anhänger überholte, ließ Müller los, wurde von dem Kraftwagen erfasst und erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kraftwagen fuhr in den Strohhängen. Die Frau des Führers, des Warenhausbesitzers Römmer aus Helbra, wurde herausgeschleudert und blieb bewußtlos liegen. Sie mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Ärzte empfehlen „Haarglanz“ da er nach der

Kopfwäsche das Haar neutralisiert und es straff und gesund erhält. „Haarglanz“ liegt jeder Packung Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung Extra-Blond, Extra-Packung sowie „Extra-Blond“ mit Schaumbrille 27 Pig.

Schönebeck-Bad Salzellen. Die Not der Zeit und die allgemeine Kassenleere zwingt leider dazu, lokale Aufgabengebiete zu stellen, die man früher in glücklicheren Zeiten für ein Volk als lebenswichtig ansah. Die beiden Kinderheime, die vom Vaterländischen Verein vom Roten Kreuz Magdeburg in Bad Salzellen unterhalten werden, weisen nur eine Kinderzahl von 80 auf. In früheren Jahren fanden im April und Mai rund 400 Kinder Aufnahme.

Deffau. Sie suchten Elarels Vermögen. Da man in Berlin vermutet, daß die Gebrüder Elarel einen Teil ihres Vermögens verstreut haben, weilten 12 Berliner Kriminalbeamte im nahen Dranienbaum, um bei einer Hausangestellter der Elarels eine gründliche Durchsuchung nach den vermuteten Vermögenswerten vorzunehmen. Die Unterjuchung verlief völlig ergebnislos.

Mit 100 Kilometer in die Kurve. . .

Calbe. Der Elektrotechniker Kurt Lange aus Kleinwirschleben ist auf der Kreisstraße Calbe-Schönebeck schwer verunglückt. Als Lange mit dem Motorrad eine Kurve mit einer Geschwindigkeit von über 100 Kilometer genommen hatte, genoberte er plötzlich ein ihm entgegenkommendes Auto. Beim Versuch, auszuweichen, verlor er die Gewalt über seine Maschine und fuhr auf einen Feldweg, wobei sich die Maschine — noch immer in rasender Fahrt — überdrehen, Lange erlitt neben anderen schweren Verletzungen einen Schädelbruch. Sein Zustand ist ernst. Das Motorrad wurde zertrümmert.

Hund als Schahmörder.

Magendorf. Auf dem Rittergut Wicke drang ein Hund in eine Schafzucht und bezog 19 Schafe zu Tode. Nur aus den Spuren konnte man feststellen, daß ein Hund die Schafe umgebracht hat.

Salzwedel der billigste preussische Kreis.

Salzwedel. Der Kreisrat genehmigte den Haushaltsplan für 1932 mit rund 1,60 Millionen in Einnahme und Ausgabe. An Kreissteuern werden wieder 38 Prozent erhoben, damit ist Salzwedel der billigste Kreis Preussens. Allerdings sei es nur unter rüchlichster Ausgabenbeschränkung gelungen, die Umlage auf wieder 38 Prozent zu besetzen. Für Straßenbauten habe z. B. nichts eingeleitet werden können. Dagegen müßten die Wohnfürsichtkosten um rund 135 000 auf über 400 000 Mark erhöht werden.

Der Kreisrat übertrug ferner die vom Kreis für den Bau der Kleinbahn Salzwedel-Diesdorf aufgenommene Anleihe von 37 000 Mark auf die beteiligten Gemeinden, für die er gleichzeitig die Bürgerschaft übernahm.

Die Salzwedeler Kleinbahnen haben, wie weiter mitgeteilt wurde, bei den beim Kleinbahnausschuß Merseburg vorgenommenen Untersuchungen in Höhe von 108 000 Mark im ganzen einen Schaden von 70 000 Mark erlitten.

Das Deutschordenskreuz in Gernrode.

Gernrode (Ostharz). Die Jungfrauen des Deutschen Ordens halten während der Pfingstferien in Gernrode ihren ersten Reichstagskongress ab. Gernrode wurde gewählt, weil der Bundesrat das Signal zu einem geistigen Aufbruch der Nation geben will. In Gernrode, in der tausendjährigen St. Marienkirche, ruhen die Gebeine des Markgrafen Gero, jenes Mannes, der vor tausend Jahren das erste Mal das Feld zu einem Aufbruch gen Osten gab und der die ersten Siege gegen die nach Westen dringenden Slawen erritt. Der Bundesrat wird aus viele Mitteldeutsche nach Gernrode ziehen und viele in Mitteldeutschland wohnende Ostmärker, die die Begegnung zu einer gemeinsamen Feierstunde mit ihren Landsleuten sich nicht entgehen lassen werden.

Umlage für Straßenbauarbeiten ermäßigt.

Neundorf (Kr. Bernburg). Gegen den Beifall des Gemeinderats, für die Straßenbau- und Unterhaltungskosten von Handwerkern und Gewerbetreibenden 50 Prozent pro Tausend Umlage und von den Hausbesitzern 1 Prozent der Friedensmiete als Umlage für 1932 zu erheben, hatte der Handwerkerbund bei der Kreisdirektion Einspruch erhoben. In erneuten Verhandlungen kam man auf Vorschlag der Kreisdirektion überein, die Umlage auf 30 Prozent zu ermäßigen und diejenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die gleichzeitig Hausbesitzer sind, von der einprozentigen Umlage zu befreien.

Wittenfeld. Von einem umfänglichen Schrank getötet wurde das vierjährige Kind der Familie Martgraf. Da die Wohnung renoviert werden sollte, hatte man die Möbel zusammengepackt. Es scheint nun, daß ein Schrank nicht fest gestanden hat, denn er kippte plötzlich um und fiel mit solcher Wucht auf den vier Jahre alten Sohn, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt und sofort starb.

Stendal. Die verstarbt, plant die Reichsbahnverwaltung im Ausbesserungsbereich Stendal in nächster Zeit Masseneinfassungen. Hierbei kann der Belegplatz davon betroffen werden, liegt noch nicht fest. Man spricht von 100 bis 200. Man will Schritte bei der Verwaltung unternehmen, um die geplante Maßnahme nicht durchzuführen.

Strafentast einer Geisteskranken.

Stendal. In einem Anfall von Geistesgeistesgeisteserkrankung in Groß-Möhringen die 21 Jahre alte Frau Reimann ihren schlafenden Mann und verlegte ihre Schwiiegermutter daran, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb. Die Täterin küßte und ließ sich in der Nähe der Leiche von einem Eisenbahnzug überfahren.

Streu-Auktion.

Die Forstverwaltung Gnieff der Bergwerke Braunkohlenwerke verkauft am

Sonnabend, den 14. Mai

öffentlich meistbietend tabelmäßige Streue. Zusammenkunft 9 Uhr Kolonien Kantine Gnieff. Bedingungen im Termin

Die Forstverwaltung Wunderlich

Empfehle mich für

Massagen und Fußpflege

(Spez. Hühneraugen-Operationen)

Behandlung erfolgt in der Wohnung.

Für fachgemäße und gewissenhafte Behandlung werde ich stets, wie bisher, bemüht sein.

Reinhold Bogt, Masseur, Wittenberg

Schloßstraße 2511 Schloßstraße 2511

Komme jeden Donnerstag nach Kemberg.

Bestellungen sind abzugeben in der goldenen Weintraube, im Hotel Blauer Hekt und Kemberger Zeitung.

Zum Pfingstfest empfehle
prima frisches
Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
Irische Bratwurst, Kasseler Rippespeer
H. Fleischsalat, Irische Sülze
div. Aufschnitt, Kaiserjagdwurst
Mortadella
Wiener Würstchen, Bockwurst, Breslauer
Heinrich Schneider.

Zu den Pfingstfeiertagen
prima frisches
Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
frische Bratwurst u. Sülze
ff. Wurst u. Würstchen
empfehlen **Ernst Bachmann**

ff Liköre
Weinbrand
Rotweine
Weißwein
Apfelwein
Himbeersaft
empfehlen **Ww. W. Becker**

Nähmaschinen
neu, versenbar, auf Holzgestell
von M. 160.— an, auch Schränken, ganz billig. Seltene Einkaufsgelegenheit.
Halle a. S., St. Ulrichstr. 53 11

Pfingstmaien
auf Bestellung frei Haus
verkauft **Emil Schnitz**

Schlachte ein Schwein
und verkaufe von Freitag früh
8 Uhr an
Fleisch und Wurst Pfd. 60 Pf. Gehacktes 70 Pf.
Paul Kronberg, Kemberg

Schlachte zwei Schweine
und verkaufe von Freitag mittag
2 Uhr
Fleisch 55 Pf. Wurst und Gehacktes 65 Pf.
Paul Quilitzsch, Rotta

Schlachte zwei Schweine
und verkaufe Freitag von früh
7 Uhr an
Fleisch Pfd 60 Pf. Wurst und Gehacktes 70 Pf.
Lehmann, Lubast

Poelsch-Kaffee
frisch eingetroffen **Ww. W. Becker**

Für Frühjahr u. Sommer

empfehle

Wochenend-Schürzen u. -Kleider
in Nessel, Leinen, Seidenrips, weiss und farbig

Kinder-Spiellanzüge :::: Spielschürzen
vorgezeichnet, angefangen und fertig gestickt und genäht in reicher Auswahl und zu billigen Preisen, ferner

::: Tischdecken und Kissen :::
für Veranda- und Gartenmöbel

sowie sämtliche

Stickereimaterialien — Handarbeitsgarne
Modenzelten, Handarbeitsalben, Aufplättmuster

Rich. Arnold :: Kemberg :: Markt 3

Keine Hühneraugen mehr
durch Anwendung von Kargos
Schälfur, „Eibehle“ entfernt
verblühend

Sornhaut, Hühneraugen u. sonstige Druckstellen
Reichsmark 5 000 bei nicht Erfolg!
Hühneraugenempflaster Lebenswohl und
Kutifol vorrätig.
Drogen- & Farbenhaus
B. Hennig, Markt.
Naphthalin - Kampfer - Globol
töten Motten.

Lenatol
best. Messingputzmittel
erhältlich bei **R. Arnold, Markt**

Gewerbe - Verein
Donnerstag, den 12. Mai, von 1/9
bis 2 Uhr im „Blauen Hekt“

Sprechtag
zur Prüfung der Einheitswerte. Mitzubringen Vermögenssteuerbescheide 1928, Vermögenssteuerklärung 1931 und Einheitswertbescheinigung, die auf dem Rathaus einzulegen ist

Sport-Berein Rot-Weiß
Donnerstag, den 12. Mai, abends
1/9 Uhr

Manndrucks-Sigung
beir. Pfingstfahrt nach Bouch
Ergebnis aller unbedingt erforderlich

Sportfreunde, welche an der Fahrt teilnehmen wollen, sind herzlich willkommen. Abfahrt per Rad 1. Feiertag, früh 7 Uhr, Weintraube

Allen Gästen, Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnis, daß ich die Gaststätte „**Grauer Stein**“ Herrn Sachtleben als Nachfolger übergeben und die Gaststätte „Schloß Altenburg“ in Dessau, Franzstraße 43 übernommen habe. Ich danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen und bitte, dieses auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.
Walter Weizner und Frau

Den geehrten Einwohnern zeige ich ergebenst an, daß ich das
Ausflugslotal „Grauer Stein“
übernommen habe. Mein Bestreben wird es sein, das Geschäft auf die Art und Weise meines Vorgängers weiter zu führen und bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Walter Sachtleben und Frau

Achtung! Achtung!
Pfingst-Sonntag in Wittenberg
Große sportliche Wettkämpfe
Es starten u. a. König, Spring, Lammers, Bent, Pflug, Wichmann-Sportklub Charlottenburg — Schöneberger Turn- und Sportklub Victoria 96 Magdeburg — Kaufmännischer Turn-Verein Wittenberg
Anfang nach 3 Uhr Sportplatz „Südlicher Stadigraben“
Kartenverkauf: Zigarrenhaus Lauterbach, Wittenberg, am Markt

Reise-Koffer
in verschiedenen Größen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt

Für die so zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank
Kemberg, den 11. Mai 1932.
Erich Hamann und Frau
Alice geb. Strakow.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Courtageblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis monatlich für Abnehmer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrtete Poststelle oder deren Raum 15 Pf., die begehrtete Anzeigenzeile 40 Pf., Anzeigenzeile 30 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgebener Anzeigen wird keinerlei Barantion übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Ausland, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 56

Donnerstag, den 12. Mai 1932

34. Jahrg

Die Jagdverteilungspläne

des Jagdbezirks der Forstmark **Kodwitz** für die Jagdjahre 24. 6. 1930/32 liegen vom 12. bis mit 27. d. Mts. in der Stadtparafie zur Einsicht der Bevölkerung aus. Einsprüche sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig.

Kemberg, den 10. Mai 1932.

79) **Der Jagdvorsteher.**
Gerber, Bürgermeister.

Deutscher Reichstag

Reichs Regenschäftsbericht.

Berlin, 10. Mai.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein, auf der als erster Punkt die Beratung eines Schuldenentlastungsgesetzes steht, mit der die angelegentlichste allgemeine politische Ausprägung verknüpft ist. Mit der Beratung sind ferner verbunden eine kommunizierende Interpellation wegen Einleitung einer Untersuchung über die Erwerbung des Zinshilfsmonopols durch den Kreditrat sowie Anträge der Reichstagsopposition auf Aufhebung der Notverordnung über die Auflösung der **RA** und **ES** der **NSDAP**, auf Auflösung des Reichstags und auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, ob öffentliche Mittel bei der Reichspräsidentenwahl verwendet wurden. Das Wort nimmt folgend:

Reichsfinanzminister Dietrich

der von den Kommunisten mit dem Zufuß empfangen wird. „Der Konfursverwalter hat das Wort“ gibt zur Begründung des Entwurfs des Schuldenentlastungsgesetzes eine allgemeine Darstellung der Schuldenlage.

Es müssen gedeckt werden: 770 Millionen Defizit 1930, 500 Millionen Defizit 1931 und 550 Millionen des außerordentlichen Haushalts. Die hundertsten Schulden des Reiches betragen am 31. Dezember 1931 10 208 Millionen Mark, 300 Millionen weniger als am 30. September 1930. In dieser Summe ist die Young-Anleihe mit 1473 Millionen enthalten, von der das Reich seinen Fennig bekommen hat. Zweidrittel sind der **Entente** zugefallen, das andere Drittel der **Reichsopposition** und der **Reichsopposition**.

Das gesamte Engagement des Reiches, das aus der Kreditlinie entstanden ist, befaßt sich neben der reiflichen Garantie zugunsten der ehemaligen Danabank auf 115 Millionen, moonen aber nur ein kleiner Teil aus wirksamer Leistung des Reiches in Frage kommt. Der effektive Verlust aus der Dankeffaktion besteht in 185 Millionen **RM** verlorenen Zuschüssen und 150 Millionen, die durch Zusammenlegung des Kapitals der **Dresdener Bank** verlorengegangen sind.

Zum Schluß wendet sich der Minister dem Haushalt für 1932 zu, dessen Entwurf, wie er heroverholt, schon lange aufgestellt ist, und wobei nur noch die Frage der Kosten der Arbeitslosen ungeklärt ist. Mit dem Kreditermäßigungsgezet wird eine Prämienanleihe aufgelegt, um diese Gedanken in die Tat umsetzen zu können. Es soll auch sonst noch der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Weiter ist es völlig unmöglich, Geld dafür aus laufenden Mitteln aufzubringen.

Im übrigen befindet sich der Haushalt mit etwa 8,3 Milliarden im Gleichgewicht. Er ist auf das Sparfameste aufgestellt.

Die Ueberweisungen an die Länder betragen einschließlich der Postleistungen 2,3 Milliarden, so daß der eigentliche Reichsaufwand mit genau 6 Milliarden zu beziffern ist; darin sind enthalten 1 Milliarde für die Arbeitslosen, 1,2 Milliarden für die Kriegsoptioner, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldenentlastung. Die Tilgung und Verzinsung der hundertsten und lebenden Schuld sowie der Reparationsanleihen erfordert rund 700 Millionen, so daß für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reiches rund 2,2 Milliarden bleiben.

Abg. Breitheid (Soz.)

spricht die Ermartung aus, daß das Kreditermäßigungsgezet im jetzigen Tagungsabschnitt erledigt wird. Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß kein weiterer Abbau der Unterfertigungsdauer vorgenommen wird und daß keine Rede sein darf von einer Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung. Gegen die beschlossene Maßgabe bestehen Bedenken. Auch Landwirtschaft, Industrie und Handel haben das stärkste Interesse daran, daß die Kaufkraft der Angestellten, Arbeiter und Beamten nicht noch weiter geschwächt wird. Es wäre verfehlt, die Kräfte totenslos hinzunehmen oder ihre Lösung allein auf internationalen Wege zu erwarten. Voraussetzung ist, daß in Deutschland ein Ende gemacht werde mit der Bürgerkriegsbedrohung. Wenn es eine Revision eines Parteiführers nicht, so wird damit eine Parteilinie erzeugt, in der ein Wieder-aufbau der Wirtschaft nicht möglich ist (Zustimmung bei den Soz.; Zurufe rechts: Reichsbanner). Das Reichsbanner

droht nicht mit Bürgerkrieg, es tritt nur für den Schutz des Staates ein. Wenn die Nationalsozialisten zur Zeit die stärkste Partei sind, so haben sie in der Barlamenten damit noch nicht die Mehrheit. Die anderen Parteien haben die Pflicht, zu prüfen, ob das Programm der Nationalsozialisten eine stabile Regierung gewährleisten. Die Nationalsozialisten vertreten anscheinend den Standpunkt: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen! Nach den Wahlen von 1930 hat Herr Hitler aber einen der größten Deutchenfeinde, Herod, über die Grenze die Hand gereicht. Wenn Sie (zu den **RA**-Soz.) an die Macht kommen, werden Sie dem Ausland viel weitergehende Zugeständnisse machen, um die deutsche Republik bekämpfen (Lachen b. d. **RA**-Soz.). Sie haben auch kein Wirtschaftsprogramm, eines Ihrer Redner sagte: „Gott sei Dank!“ (Heiterkeit links). Deshalb können Sie (zu den **RA**-Soz.) alles verprechen. Ihren Sozialismus hat noch keiner verstanden. Auf außenpolitischem Gebiet unterföhlen wir den Standpunkt, daß Deutschland keine Reparationen mehr zahlen kann. Nach dem Ausgang der französischen Wahlen ist zu hoffen, daß der Wille zur Verständigung wächst und daß die anderen Staaten dem Abzugsplan der Deutschen folgen.

Abg. Sneyler (Komm.)

föhrt aus: Ein neuer Neubau, der schlimmer als je zuvor unternommen werden wird, soll den arbeitenden Massen noch das letzte Hemd ausziehen. Es bleibt der Arbeiterschaft nur die rote Einheitsfront als Mittel, dagegen anzukämpfen. Dieser kapitalistische Staat muß zerritmeret werden!

Ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vertragung der Aussprache wurde gegen die Antragsteller, die **Deutschnationalen** und die **Kommunisten** abgelehnt. Das Haus letzte deshalb die Aussprache zur ersten Lesung des Schuldenentlastungsgesetzes fort.

Die Kritik der NSDAP

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) widerföhrt der Auf-faltung des Reichsfinanzministers, daß der bisher beschrittene Weg zur Sanierung von Wirtschaft und Finanzen führe. Es sieht dem, so betonte er, die Saftade gegenüber, daß sich die Lage fortwährend erheblich verschlechtert hat. Durch die letzten vier Notverordnungen sind Wirtschaft und Finanzen nicht gefördert, sondern in grauenhafte Unordnung gebracht und abgetruibelt worden. Die fortgesetzte Schmälerung der Kaufkraft der Massen muß lähmend auf den Arbeitsmarkt wirken. Alle bisherigen Notverordnungen waren dazu angetan, die Kaufkraft der Bevölkerung zu schwächen. An der Zeit von 1929 hat sich die Erwerbslosenzahl auf über lech Millionen verdachsfacht. Das Steueraufkommen ist erheblich zurückgegangen, und zwar nicht trotz der Erhöhung der Zahl der Steuern und der Steuerföhre, sondern wegen dieser Erhöhung. Der Reichsfinanzminister hat femerzeit erklärt, die Unterfertigung zu einem Ueberbrückungskredit gebe er ein zweites Mal nicht. Jetzt verhängt er den Ueberbrückungskredit und läßt die Föhierung der Summe frei. Der Minister bekommt auf Grund seiner Ermächtigung durch Artikel 48 kein Geld mehr: jetzt soll der Reichstag ihm die Ermächtigung geben zu Krediten, die der Minister sich wachföhentlich unter der Hand schon besorgt hat. Wir denken nicht daran, dem Schuldenentlastungsgesetz zuzustimmen: wir werden die Ermächtigung ablehnen.

xrite colorchecker CLASSIC

gierung. Auch die Notverordnungen vom Oktober und Dezember 1931 haben den Ausgleich nicht bringen können. In einem gefunden Staate lebt die Wirtschaft von der Politik; bei uns lebt seit dreizehn Jahren die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge ihrer Föhierung. Wahrung und Heiligkeit sind bei uns zu etwas geworden, was wir als Kinder auf dem Jahrmarkt als „Mädchen ohne Unterleib“ anfaumen (Heiterkeit). Wir leben finanzwirtschaftlich in und von Aufzupiegelungen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit den Finanzen erschlagen wir die Wirtschaft, und an der Wirtschaft freieren die Finanzen. Helfen kann uns allein die Bereinigung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatswirtschaftlichen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung.

Auch der neue Etat wird mit Notverordnungen nicht zu halten sein. Das neue Glaskjahr steht schon jetzt angelehnt der zu erwartenden Steuererhöhungen und der Unmöglichkeit, neue Kredite aufzunehmen, vor einer für die heutige Politik unlöslichen Situation. Das ist das Ende vom Viebel! Das ist der ganze Erfolg der unerhörten Opfer, die man dem Volke auferlegt hat, um eine längst widerlegte Politik fortzusetzen. Wir stehen heute am Ende einer dreizehnjährigen Politik der Illusionen, einer Politik, die gemeint hat, daß ein Staat nicht aus der Produktion, sondern aus der Entzueigung leben könne, einer Politik, für die der Feind nicht draußen liegt, sondern die gearbeitet hat unter der Parole: „Der Feind liegt rechts.“

Das System von heute ist genogen und zu leicht be-funden. Seine Uhr ist abgelaufen. Das ist der Sinn dieser letzten und schwersten Kräfte unseres Volkes. Es bleibt heute nur noch ein Wunsch: Daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht den endgültigen Zusammenbruch unseres Volkes bedeuten möge. (Leb. Beifall rechts.)

Abg. Ballrauch (Volksnat. Reichssoz.) stimmt dem Schuldenentlastungsgesetz mit Einfluß des Kreditermäßigungsgezetes zu. Die wichtigste Frage sei die, wie die Beschäftigungslosen wieder in Arbeit zu bringen sind. Ohne Befähigung der Erwerbslosen ist die Belebung der Wirtschaft nicht möglich. Die Reichsregierung müsse das Mein aufrechterhalten. Wer für völlige Autarkie eintritt, brüde den Lebensstandard des Volkes herab.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.)

föhrt aus, die Reichsregierung befrachte ihre ganze Politik auf den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung. Der Aufstieg der **NSDAP** sei in erster Linie der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalgefühls be-föhndere. Das Wort protestierte gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur an Geld, Profite und Dividenden denke und die vergessen habe, an Arbeit und Befähigung zu denken. „Die große antisozialistische Sehnsucht, die durch unser Volk geht, ist der Protest gegen eine entartete Wirtschaft. Man fordert vom Staat, daß mit diesem materialistischen Denken gebrochen, und für ehlich geleistete Arbeit ein ehliches Auskommen gewährleistet wird. (Zu den Soz.) Auch wir wollen Frieden, Frieden nach außen, und Ordnung im Innern. Wir die außenpolitischen Behauptungsmöglichkeiten Deutschlands zerstört, zerstört damit auch die Lebensfähigkeit des deutschen Arbeitervolkes. Arbeitsverföhierung ist jetzt ihr Mittelmittel. Früher haben Sie wenigstens noch von Arbeitsverföhierung mit einem Lohnausgleich gesprochen. Heute soll es offenbar auch ohne diesen gehen. (Widerpruch bei den Soz. — **Abg. Torgler (Komm.)**: Das nehmen wir in aller Bescheidenheit für uns in Anpruch!) Bescheidenheit und Torgler sind zwei verschiedene Begriffe! (Große Heiterkeit!) Arbeitsverföhierung bedeutet praktisch 10prozentigen Lohnabbau für Millionen, Minderung der Kaufkraft, Verringerung der Arbeitsmöglichkeit. Sie ist ein Unrecht für die Erwerbslosen.

An dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften könnten wir unter entsprechenden Bedingungen mitarbeiten. Wenn man heute mit dem Gedanken umgeht, die Sozialversicherung, die reiflos fertig ist, in die Hände der Versicherer zu geben, muß man sich klar sein, daß das den Zusammenbruch der deutschen Sozialversicherung überhaut



Zwei Herzen im 1/4 Takt